

## Bemerkungen zu „Das Amt und die Vergangenheit“<sup>1</sup>

Peter März

Die Sonntagszeitung der *Frankfurter Allgemeinen (FAZ)* vom 24. Oktober 2010 konfrontierte ihre Leser ohne Vorankündigung mit einer Art Paukenschlag, der mit einem Aufmacher von Herausgeber Frank Schirrmacher über sieben Seiten das gesamte Feuilleton in Anspruch nahm. Die Überschrift von Schirrmachers einführendem Artikel lautete: „Die Täter vom Amt und der Bericht der Historikerkommission: Das Auswärtige Amt war systematisch an der Judenvernichtung beteiligt. Die Karrieren der Diplomaten gingen nach 1945 bruchlos weiter.“ Damit schienen im klassischen liberalkonservativen Organ der Republik Botschaft und Sprachregelung förmlich festgezurr. An den Folgetagen berichtete die weitere überregionale Presse mit ganz ähnlichem Tenor. In einer zweifellos wohlkoordinierten Aktion waren Deutungen über Thema und Buch bestimmt worden, bevor die Leser überhaupt auch nur den Hauch einer Chance gehabt hätten, sich durch Lektüre des Werkes selbst ein eigenes Bild von Thema und Buch zu machen, und bevor dieses Buch überhaupt erst offiziell und offiziös vorgestellt wurde, durch den amtierenden Bundesminister des Auswärtigen, Guido Westerwelle, an seinem Dienstsitz Werderscher Markt in Berlin, wie durch seine beiden Vorgänger Joschka Fischer und Frank Walter Steinmeier. Ersterer hatte für die einschlägige Historikerkommission den Auftrag erteilt. Die so geschaffene Inanspruchnahme von Deutungs- und Interpretationshoheit durch wesentliche Teile von Politik und Medien insgesamt ist unbestreitbar bemerkenswert. Zunächst erschien an repräsentativer Stelle lediglich eine kritische Auseinandersetzung mit Werk und Autoren, aus der Feder des emeritierten Bonner Lehrstuhlinhabers Christian Hacke in *Die Welt* vom 26. Oktober 2010. Hacke stellte im wesentlichen zwei Fragen:

Zum einen, ob es nicht auch die Intention des Werkes gewesen sei, die Geschichte der alten Bundesrepublik mehr als angemessen in ein negativ-fragwürdiges Licht zu rücken – insbesondere nach dem krankheitsbedingten und nicht kompensierten Ausscheiden des „konservativen Feigenblattes“<sup>2</sup> in der Kommission Klaus Hildebrandt – und zum anderen, ob das, was der Außenminister der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 für sich und seine ins Auswärtige Amt aus vertrauter Umgebung wie vertrautem Milieu mitgebrachten Mitarbeiter, an erster Stelle Hans-Gerhart Schmierer, in Anspruch nahm, nicht auch ähnlich substantiell für die sogenannten „Mumien“, die Generation der ausgeschiedenen Diplomaten des Auswärtigen Amtes, hätte gelten müssen – nämlich, daß auch sie Anspruch auf „Resozialisierung“ nach wenig- bzw. nichtdemokratischer Vergangenheit hatten. Nun wird man freilich einer derartigen Argumentation entgegenhalten dürfen, daß Zäsuren, gewandelte Sozialisationen wie auch normativ neu ausgerichtete Biografien wohl verglichen, aber nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden dürfen. Die Mitwirkung am Holocaust, also am singulären Zivilisationsbruch, ist etwas prinzipiell anderes als die Anzettelung von militanten Straßenschlachten im Kampf gegen das „Herrschaftssystem“ der alten Bundesrepublik, womit zugleich keineswegs einer romantischen Verklärung der K-Gruppen- und Spontiaktionen als Dumme-Jungen-Streiche das Wort geredet werden soll. Gleichwohl: Die Frage nach Opportunismus wie Opportuni-

1 Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. Unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff. München: Verlag Karl Blessing 2010, 880 S. 34,95 €.

2 Rainer Blasius: Ein Kommissionsproblem, *FAZ*, 27. 11. 2010, S. 10.

tät ist zweifellos gestellt, ebenso wie die Frage nach der Seriosität der methodischen Grundlagen des Werkes und zugleich nach der Deutung von Quellen und bereits zur Verfügung stehender Forschungsliteratur – und last but not least die Frage nach Blick- und Zielrichtung bei der Bewertung der alten Bundesrepublik. Ungeachtet dessen bleibt es ein zentrales Verdienst des Buches, einmal mehr deutlich gemacht zu haben, in welchem Maße auch das Auswärtige Amt genuiner Bestandteil der Apparaturen der NS-Regimes zur Vernichtung der europäischen Juden gewesen war, aber ebenso zur Durchführung der anderen historisch-zentralen Greuelthaten dieses Regimes, vielfach nicht als Trabant, sondern als Partner, teilweise auch forcierend und bestimmend im Gesamtprozess. Ian Kershaw benutzt für solches Verhalten bekanntlich die Formel „dem Führer entgegenarbeiten“. Damit aber fügt sich das Buch in eine Reihe von Darstellungen und Forschungen ein, die insgesamt die Apparaturen und Administrationen des damaligen Deutschen Reiches auf ihre jeweilige Beteiligung am Verbrechen geschehen hin untersuchen und zugleich die Frage nach Kontinuität über 1945 und 1949 hinweg stellen, mit den derzeit wohl eklatantesten Ergebnissen im Bereich des Bundeskriminalamtes, mit weiteren derzeit laufenden Untersuchungen wie für das Reichsfinanzministerium, ferner mit einer Vielzahl teils durchgeführter, teils noch durchzuführender Untersuchungen über die Länder- und Kommunalverwaltungen. Und diese Auflistung ist gewiß alles andere als vollständig.

Gleichwohl stellen sich dem Leser, ungeachtet diverser Einzelkritiken, mindestens zwei grundsätzliche Fragen zur Intention sowie zu den zugrundeliegenden Methodiken:

1. Zeitzeugeninterviews scheinen summarisch im Nachwort auf (S. 715 ff.), das Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 822) enthält die Namen ohne Zeitangabe der Befragungen, präzise Verweise in den Fußnoten – zumal in Abwägung mit schriftlichen Quellen und Literatur – sind nicht erkennbar. Damit tritt dieses Genre in Wertigkeit wie Überprüfbarkeit problematisch zurück. Nun kann man, auch und gerade nach den Erfahrungen der DDR-Forschung, mit gutem Grund die These vertreten, daß die Aussagen von Zeitzeugen an Qualität den Inhalten von schriftlichen Überlieferungen in aller Regel deutlich unterlegen sind. Der apologetische, der subjektive, der verkürzende, der sich schlicht irrende Faktor ist bei den Aussagen von Zeitzeugen deutlich höher zu veranschlagen. Hinzu kommt, daß wegen des mittlerweile so großen Abstandes auf der Zeitachse vielfach nur noch „mittelbare“ Zeitzeugen zur Verfügung stehen, also im konkreten Fall Diplomaten, die nicht selbst „dabei“ gewesen waren, sondern die „nur“ vielfach mit der Erlebnisgeneration kommunizieren konnten. Diese Einschränkungen dürfen aber zugleich keineswegs im Umkehrschluss bedeuten, daß dieses Genre nicht auch angemessen präzise und transparent hätte aufscheinen müssen. Überprüfbarkeit wie Deutbarkeit des Werkes sind damit massiv beschädigt. Vielfach bleiben die Leser in dieser Hinsicht nun ganz unbefriedigend auf Vermutungen angewiesen. Und es kommt ein weiteres hinzu: Unter den von totalitären Regimes geschaffenen Kommunikationsbedingungen teilt man sich naturgemäß ganz anders mit, als unter von Lebensgefahr freien, rechtsstaatlichen. Der administrative Insider wird im Übrigen auch ein Lied davon singen können, daß sich selbst der Ministerialbeamte unter rechtsstaatlichen Bedingungen vielfach davor hüten wird, alle seine vorder- wie hintergründigen Überlegungen in Vermerken dem Papier oder heute dem Rechner anzuvertrauen. Umso mehr gilt das für das Agieren unter Diktaturbedingungen. Die Problematik des Mischungsverhältnisses von verbalen wie schriftlichen Quellen hätte zumindest erörtert und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hätten gerade bei einer derartigen Thematik erkennbar mitberücksichtigt werden müssen.

2. In der Zeit, um die es hier geht, erfuhr das Auswärtige Amt zwei Systemwechsel, einmal davon abgesehen, daß es in einem formalen Sinne für sechs Jahre, von 1945 bis 1951, gar nicht existierte: Erstens den Systemwechsel von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur und sodann den Systemwechsel zur parlamentarisch-demokratischen Bundesrepublik unter den Bedingungen der Ära Adenauer. Präzisierend bzw. relativierend wird man hier noch hinzufügen müssen, daß sich diese Systemwechsel keineswegs schlagartig, gewissermaßen von einem Tag auf den anderen, vollzogen: Schon für die letzten Jahre vor 1933 muss man von einer schleichenden Nationalisierung der deutschen Außenpolitik ausgehen; als Zäsur steht hier der Tod des ‚nur‘ gemäßigt-nationalen Reichsaußenministers Gustav Stresemann am 3. Oktober 1929. Die Zeit unter den Reichskanzlern Brüning und sodann Papen und Schleicher war durch eine zunehmende Abkehr von der Kooperationspolitik insbesondere mit Frankreich in der Mitte der zwanziger Jahre und durch eine zunehmend selbstbewusste Großmachtorientierung in der deutschen Außenpolitik gekennzeichnet. Solche Nuancen muss bzw. müsste man mitbedenken. Grundsätzlich ist aber vor allem zu berücksichtigen: Im 20. Jahrhundert haben auch die außenpolitischen Apparate anderer Mächte gewiss nicht analoge, wohl aber vergleichbare Zäsuren erfahren: Italien mit dem Beginn des Mussolini-Regimes 1922 wie mit seinem Ende 1943 und sodann dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945, die Sowjetunion mit ihrem Ende 1990/91 und dem Übergang zur Außenpolitik eines russischen Staates, Spanien im Zusammenhang mit dem Ende des Franco-Regimes in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Gewiss spricht vieles dafür, daß die Unterschiede die Parallelen überwiegen: (West-)Deutschland hatte von 1945 bis 1951 kein Auswärtiges Amt, wenn auch vielerlei Apparate, insbesondere im Bundeskanzleramt seit 1949, und weitere Akteure de facto eben doch Außenpolitik gestalteten. Und die unbedingt zu stellende Frage nach der Rolle des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit dem Holocaust zielt unabdingbar auf einen singulären Kontext. Damit ist aber der Möglichkeit des Vergleiches nicht grundsätzlich der Boden entzogen: Die Fragen, wie sich derlei Apparate im Zeichen von Systemwechseln präsentieren, wie schnell sich welche Akteure umstellen, was es an tatsächlichem, innerlich angenommenem Neubeginn gibt, wären insbesondere sozialwissenschaftlich, aber auch ethisch von erheblichem Interesse. Sie werden leider in diesem Buch nicht gestellt.

Ein Beispiel aus dem von Eckart Conze verantworteten Teil erhärtet die Vermutung, daß bei diesem Band in doch beachtlichen Maße geschichtspolitische Opportunität bestimmend war: Im August 1965 nahm die Bundesrepublik, nach mancherlei Verwerfungen und Verrenkungen in den deutsch-arabischen Beziehungen und im Zeichen des vorausgegangenen Besuches von DDR-Staatsratsvorsitzendem *und* SED-Chef Walter Ulbricht beim ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, diplomatische Beziehungen zu Israel auf. Es handelte sich dabei unbestreitbar vor allem um eine sehr persönliche Entscheidung des an sich entscheidungsschwachen Bundeskanzlers Ludwig Erhard gegen den damaligen Außenminister Gerhard Schröder wie den Apparat des Auswärtigen Amtes mit seinen traditionell pro-arabischen Tendenzen. Erhard konnte sich hingegen in dieser Frage ausnahmsweise eher auf die „Gaullisten“ in den Unionsparteien um den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß stützen, die auch ansonsten den alten, in die nationalstaatliche Stresemannzeit zurückweisenden Tendenzen und Strukturen des Auswärtigen Amtes distanziert gegenüberstanden. In ihm waren unbestreitbar dessen klassische, pro-arabische Sichtweisen virulent, die durchaus auch in alten deutschnationalen Kontexten standen. Mag Erhard auch in den Krisenmonaten des Jahres 1965 vielfach nicht

geschickt operiert haben, wie es eben seinem Naturell entsprach<sup>3</sup>, so hatte er doch unbestreitbar einen gordischen Knoten durchschlagen, der auch das moralische Profil der Bundesrepublik über viele Jahre belastet hatte, volle dreizehn Jahre nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens zur materiellen Wiedergutmachung zwischen der Bundesrepublik, dem Staat Israel und der Jewish Claims Conference. Dieser Schritt sollte zumal in einer Gesamtbilanzierung der deutschen Nachkriegsgeschichte insgesamt als überfällig erscheinen. In Eckart Conzes Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik steht hingegen beim Blick auf das damalige Geschehen das vermeintliche Ungeschick des Bundeskanzlers ganz im Vordergrund. Er habe es gewissermaßen versäumt, sich der Kompetenzen des Auswärtigen Amtes zu bedienen: „Das Ansehen des Bundeskanzlers, der in der Krise keine guten Figur abgegeben hatte, war beschädigt“<sup>4</sup>. *Das Amt*, ein Jahr später als Conzes Geschichte der Bundesrepublik erschienen, stellt nun ganz die Tatsache in den Vordergrund, daß das Auswärtige Amt der Bundesrepublik solche Diplomaten, die in besonderer Weise NS-kontaminiert gewesen waren, in den arabischen Hauptstädten plazierte, wo sie unbestreitbar auf die Kontinuität eines antisemitischen Milieus hoffen durften und nicht oder jedenfalls kaum mit kritischen Nachfragen rechnen mußten. Paradigmatisch dafür steht Werner von Bergen, der nach dem Votum des einschlägigen Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 18. Juni 1952 an sich im Auswärtigen Dienst nicht mehr tragbar war. Trotzdem war seine Karriere nicht beendet: „Werner von Bergen, als Vertreter des Auswärtigen Amtes an der Deportation von Juden in Belgien beteiligt, beendete seine diplomatische Karriere als Botschafter der Bundesrepublik in Bagdad“<sup>5</sup>. Gewiß besteht kein zwingender kausaler Gegensatz zwischen der Erhard-kritischen Bewertung in Conzes Geschichte der Bundesrepublik wie den vielfachen und wohlbegründeten Hinweisen in *Das Amt* auf die arabischen Auffangstellungen für deutsche Diplomaten und die dahinterstehenden antisemitischen Kontexte. Man kann gleichwohl zumindest schwer den zweiten Bundeskanzler dafür schelten, daß er sich, wenn auch in einer schwer übersichtlichen Situation, mutig, gewissermaßen mit antibürokratischer Zivilcourage, gegen das Auswärtige Amt stellte und als mutmaßlicher Autor wenig später mit gutem Grund eben diesem Auswärtigen Amt seine aus der Personalstruktur in der Zeit des Dritten Reiches herrührenden Schwerpunktsetzungen vorhalten.

Die Autoren vertreten durchweg die Position, im Kern des Amtes habe es so gut wie keinen „Widerstand“ gegeben, wenn, dann sei Widerstand bzw. Resistenz von Außenseibern ausgegangen, eben nicht von Karrierediplomaten, sondern von der Kategorie wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, die aufgrund bestimmter Kompetenzen vom etablierten Apparat in Anspruch genommen wurden. Prominentester Fall für diese Kategorie ist unbestreitbar Adam von Trott zu Solz. Auch ihm wird bescheinigt, zwar vielerlei oppositionelle Kontakte geknüpft zu haben, aber dies eben in kommunikativen Zusammenhängen außerhalb des Kernbereiches des Auswärtigen Amtes. Wer die einschlägigen Passagen einschließlich der Fußnoten studiert (S. 302 ff.) wird zugleich mit Erstaunen registrieren, daß hier keinerlei Bezug zu Herbert Blankenhorn genommen wird, Zentralfigur im Auswärtigen Amt seit 1951, zugleich etablierter Diplomat seit Frühjahr 1929<sup>6</sup>. Blankenhorn entstammte einem liberalen badischen Milieu nationaler Grundierung, in den

3 Vgl. Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996, S. 557 f.

4 Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 324.

5 Conze/Frei u. a.: *Das Amt*, S. 19.

6 Vgl. Ramscheid, Birgit: Herbert Blankenhorn 1904–1991. Adenauers außenpolitischer Berater. Düsseldorf 2006, S. 34.

zwanziger Jahren Stresemann nahestehend, in der Zeit des Dritten Reiches in vielleicht typischer Form Widersprüche in seiner Person vereinernd – proamerikanisch, reflektiert-regimekritisch, gewiß aber auch opportunistisch; nach 1945 war er für Adenauer unverzichtbar, als wesentlicher Akteur beim Aufbau der CDU in der britischen Zone. Zu Beginn der fünfziger Jahre war er eine zentrale Figur für die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes, in den Folgejahren war er nach Walter Hallstein wohl zweitwichtigster Akteur im Auswärtigen Amt insgesamt, tendenziell eher pragmatisch als Hallstein, der als professoraler Außenseiter zu einem Übermaß an völker- und europarechtlicher Dogmatik neigte. Blankenhorns Biographie aus der Feder von Birgit Ramscheid weist nun an vielen Stellen nach, wie eng und freundschaftlich die Kommunikation zwischen von Trott zu Solz und Blankenhorn bis 1944 war: „Die Wertschätzung, die Adam von Trott zu Solz Blankenhorn entgegenbrachte, zeigt, daß es Blankenhorn im Laufe der letzten Jahre gelungen war, ein fester Bestandteil der Gruppe um von Trott zu Solz und von Haefliger zu werden. Eines der letzten Treffen vor dem Umsturzversuch fand im Mai 1944 statt, als Blankenhorn dienstlich in Berlin zu tun hatte.“<sup>7</sup> In *Das Amt* spielt Blankenhorn hingegen für die Zeit der Kriegsjahre überhaupt keine einschlägige oder irgendwie relevante Rolle. Ein Grund mag sein, daß die Autoren Überlieferungen aus mündlicher Kommunikation nicht verwendeten bzw. verwenden wollten (s. o.). Ein anderer Grund könnte aber sein, daß es ihnen eben doch auch um die geschichtspolitische Kontaminierung der Ära Adenauer ging – der Auftraggeber, Außenminister Joschka Fischer, stünde als Achtundsechziger einer solchen Interpretation schwerlich im Wege. Hingegen heißt es bei Blankenhorns Biographin Birgit Ramscheid schon zu Beginn der Darstellung: „Auf die Frage von Anneliese Poppinga, weshalb er [...] seine konspirative Tätigkeit nicht schriftlich festgehalten habe, antwortete Blankenhorn, dass er sich schäme, nicht mehr getan zu haben. Schließlich seien zahlreiche Mitstreiter den Nationalsozialisten zum Opfer gefallen.“<sup>8</sup>

Unangemessen gering mutet im übrigen auch die Würdigung der Kommunikationen an, die Hans von Herwarth 1938/39 zu amerikanischen Spitzendiplomaten unterhielt, die er insbesondere über die sich im August 1939 anbahnende Komplizenschaft zwischen Hitler und Stalin unterrichtete – mit dem Resultat des Ribbentrop-Molotow-Paktes vom 23. August 1939, der im Ergebnis Ostmitteleuropa unter den Diktatoren aufteilte. Mut wie Perspektivreichtum dieses Vorgehens hätten eine deutlich umfassendere Würdigung verdient gehabt – und so schließt sich auch hier die Frage an, ob Herwarths einschlägige Tätigkeit 1938/39 nur deshalb so knapp erwähnt wird, weil er, ähnlich Blankenhorn, in den frühen fünfziger Jahren zur engsten außenpolitischen Umgebung Konrad Adenauers gehörte.<sup>9</sup> Und dazwischen lag insbesondere sein „Untertauchen“ in der Wehrmacht, da Herwarth, wegen seines jüdischen Hintergrundes bedroht, dort leichter geschützt werden konnte.

Mehr noch erhellt aber ein anderes Beispiel, daß in offenkundig ungewöhnlichem Maße geschichtspolitischer Eifer wie dogmatischer Verbindlichkeitsanspruch nicht nur das Buch selbst, sondern gesteigert wenigstens seine anfängliche mediale Präsentation prägen: Dabei begegnen uns merkwürdige Ambivalenzen, was die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* selbst – in ihrem Binnenleben – anbelangt. In ihrer eingangs genannten Sonntagsausgabe vom 24. Oktober 2010 griff Herausgeber Frank Schirrmacher die so furcht-

7 Ebd., S. 73.

8 Ebd., S. 9, Fußnote 3.

9 Vgl. Herwarth, Hans von: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931–1945. Frankfurt/Main/Berlin 1989.

bare Formulierung des „Judenreferenten“ des Auswärtigen Amtes Franz Rademacher auf einem Dienstreiseformular auf, Reisezweck sei die „Liquidation von Juden in Belgrad“ gewesen. Schirmmacher schrieb: „Wer weiß, wie Behörden Aufwandsentschädigungen reglementieren, wird allein in diesem Dokument die These der Historiker bewiesen sehen: Die Liquidation der Juden war keine Vermutung, sondern, zumindest was die Reichsbehörden angeht, ein absolutes positives Wissen des nationalsozialistischen Beamtenapparates.“<sup>10</sup>

An Rademachers grauenhafter Formulierung ist selbstverständlich nicht zu zweifeln, insbesondere daran nicht, daß sie die damalige technokratische Selbstverständlichkeit des Holocausts paradigmatisch belegt, jenen Vorgang, den Hannah Arendt „fabrikmäßiges Morden“ nannte. Bemerkenswert bleibt aber zugleich, daß der eigentliche kompetente „Chefhistoriker“ der *FAZ*, Rainer Blasius, mit zwei Artikeln vom 12. und 19. November 2010 den Innovationswert des hier geltend gemachten Fundes in Frage stellte, quellenmäßig wohl belegt: Blasius erinnerte daran, daß Rademacher im März 1952 wegen Beihilfe zum Totschlag zu einer Haftstrafe von drei Jahren und fünf Monaten verurteilt wurde. Als wesentliches Beweismittel hatte dem Gericht eben jene Reisekostenabrechnung aus dem Jahr 1941 vorgelegen, die jetzt Schlagzeilen machte. Belege für die seinerzeitige Berichterstattung in der *FAZ* wurden im Blasius-Artikel vom 12. November 2010 gleich mit abgedruckt<sup>11</sup>, nämlich als Faksimile der einschlägigen Artikel des Blattes aus dem Jahr 1952. Nun machen Geschehen wie Berichterstattung aus dem Jahr 1952 die heutige Befassung gewiß nicht überflüssig. Umgekehrt läßt sich sogar der Fokus eben darauf richten, wie enthüllend es heute doch erscheinen muß, daß eine derartige, sieben Jahre nach Kriegsende bekanntgewordene Formulierung, ungeachtet der seinerzeitigen Berichterstattung in der Presse, offenkundig kaum weitere Kreise zog. Das Publikum rezipierte eben sehr viel anders als heute. Das darf aber wiederum nicht bedeuten, daß die für *Das Amt* verantwortlich zeichnenden Historiker davon suspendiert wären, den bisherigen publizistischen wie wissenschaftlichen Weg zur Kenntnis zu nehmen – und ebenso gilt das für Berichterstattung und Bewertung in der Presse. Entdeckungen und Enthüllungen müssen auch tatsächliche Entdeckungen und Enthüllungen sein, soll nicht der Verdacht genährt werden, es gehe primär um sehr vordergründige Effekte. Und das gilt eben auch dann, wenn aus heutiger Sicht von Entdeckungen unter anderen, apologetischen Zeitumständen nicht hinreichend Gebrauch gemacht wurde.

Was den ersten Bundeskanzler selbst anbelangt, wird auch in *Das Amt* deutlich, daß er selbst der – wieder – im Dienst befindlichen Kohorte von Diplomaten vielfach kritisch gegenüberstand. Das hatte unbestreitbar mit deren NS-Kontaminierung unmittelbar zu tun, auch mit den für ihn vielfach ärgerlichen und peinlichen politischen Folgen, wie den einschlägigen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen von Anfang der fünfziger Jahre und vielerlei kritischen Nachfragen auf Seiten der westlichen Alliierten. Ein zusätzlicher Punkt scheint aber in *Das Amt* nicht auf, weil die Autoren es an dieser Stelle vermeiden (oder auch damit überfordert wären), die weiteren außenpolitischen Kontexte

10 FAS v. 24. 10. 2010, S. 33.

11 Blasius, Rainer: Seit 1952 bekannt. Unfassbare Realitäten: Die wiederentdeckte Reisekostenabrechnung zur „Liquidation von Juden“. In: *FAZ* v. 12. 11. 2010, S. 10. Insofern korrigierte Blasius auch ebenso tief wie auffällig den Herausgeber Frank Schirmmacher. Vgl. auch das jetzt deutlichere Abrücken der *FAZ* von weiteren Begleitumständen, *FAZ* v. 23. 11. 2010, insb. S. 10, bezogen auf sehr schnell und oktroyiert anmutende Konsequenzen des Auswärtigen Amtes wie das Abhängen von „Ahnengalerien“. Der Kontrast zu den Schirmmacher-Bewertungen in der *FAS* vom 24. 10. 2010 wird damit noch augenfälliger.

der frühen Bundesrepublik in ihre Überlegungen einzubeziehen und dabei auch auf die klassische „Adenauer-Forschung“ zu rekurrieren.

Es geht hier um Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik im Blick auf das 20. Jahrhundert insgesamt und damit um einen zentralen Gesichtspunkt der Verortung deutscher Staatsräson. Adenauer hatte bekanntlich schon in den zwanziger Jahren – in deutlicher Abgrenzung gegenüber Gustav Stresemann – einer deutschen Gleichgewichts- und Großmachtpolitik, die sich wiederum gerne auf Bismarck berief, sehr kritisch gegenübergestanden. Unbestreitbar ist, daß für ihn in den fünfziger Jahren die Integrationspolitik den Primat hatte, im Blick auf den Zusammenschluß mit Frankreich wie im weiteren Blick auf die Anerkennung der US-amerikanischen Hegemonie im atlantischen System. Unter den Diplomaten im Auswärtigen Amt wirkten aber naturgemäß, gewissermaßen über das Dritte Reich von 1933 bis 1945 hinweg, die alten und klassischen Traditionen deutscher Großmachtpolitik fort. In dieser Linie waren sie ausgebildet und sozialisiert worden. Für die frühen fünfziger Jahre wären hier etwa Akteure zu nennen wie Karl Georg Pfeleiderer – FDP-Politiker wie ehemaliger Diplomat aus der Wilhelmstraße und schließlich erster deutscher Nachkriegsbotschafter in Belgrad-, später Hans Kroll, Botschafter in Moskau, oder, in der Publizistik, der Mitherausgeber der *FAZ*, Paul Sethe. Vielfach wurde in solchen Kreisen eine Ausgleichspolitik gegenüber der Sowjetunion unter Wiederaufnahme der Traditionen deutscher Mittellage ins Auge gefaßt. Es spricht viel dafür, daß Adenauer, was die internen Konfliktlagen um die deutsche Außenpolitik in der frühen Bundesrepublik anbelangt, hier seine eigentlichen Gegenspieler sah. Naturgemäß streifen solche Überlegungen nur die für *Das Amt* eigentlich relevante Fragestellung. Aber ohne die Berücksichtigung derartiger, inhaltlich in die Nachkriegszeit weiterführender Zusammenhänge lassen sich eben auch die Auseinandersetzungen um NS-Kontaminierung und Personalpolitik nicht wirklich umfassend verstehen.

So bleibt das Resümee: *Das Amt* hat vielerlei Bestürzendes neu oder eben auch „nur“ wieder in unser Bewußtsein gerufen, es muß sich aber auch selbst auf die spezifischen politischen Rahmenbedingungen seiner Entstehung, auf die gewählten Methodiken und auf die Tragfähigkeit der Schlußfolgerungen hin befragen lassen. Und in einer offenen Gesellschaft sollten sich förmliche Kanonisierungen ohnehin von selbst verbieten. Die Forschung geht weiter. Das gilt auch für „*Das Amt*“ wie für seine Auftraggeber und Autoren.